

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Genossinnen und Genossen,

der 8. Mai ist ein besonderer Tag. Vor 78 Jahren wurde der Hitler-Faschismus gestürzt. Das schlimmste Unrechtsregime, das die Welt erlebt hatte, fand sein Ende. Deutschland wurde von den alliierten Truppen besetzt. Es begann eine Entwicklung hin zu demokratischen Lebensformen: Freiheit, Gleichheit und Solidarität wurden wieder zu Zielen, die viele schon morgen, spätestens übermorgen realisieren wollten.

Warum ist dieser Tag des großen Umbruchs kein Feiertag? Die Frage wird selten gestellt, und die Antworten sind noch seltener. Wir waren nicht stark genug, um uns selbst zu befreien. Es waren keine deutschen Partisanen, die die Reichskanzlei besetzt oder die die rote Fahne auf dem Stuttgarter Schloss gehisst hätten. Es kamen Russen, Amerikaner, Briten und Franzosen, die die Verbrecher vertrieben haben. Und für viele in der deutschen Bevölkerung war dies der Tag der Kapitulation, der Tag der Niederlage. Es war immer noch das falsche „Wir“; „wir“ haben den Krieg verloren, sagten die meisten, und das ist doch kein Grund zum Feiern. Und das Leben in den ersten Jahren nach der Befreiung war nicht dazu angetan, große Begeisterung für die neue Ordnung zu entfachen. Die materielle Not war groß, politische und gewerkschaftliche Betätigung nur mit Genehmigung der Besatzungsmächte möglich.

In anderen Ländern sah und sieht man den 8. Mai anders: Er ist gesetzlicher Feiertag in Frankreich, in Tschechien und der Slowakei, der 9. Mai wird als Tag des Sieges in Russland begangen und selbst in den USA gibt es einen VE-Day, einen Victory in Europe-Day. Doch bei uns ist es anders.

„Wir“ haben verloren – aber das ist das falsche „Wir“. Die Nazis haben uns die Vorstellung von Heimat und Nation geklaut und sie für sich monopolisiert. Und die Linke ist in die Falle gegangen und traut sich bis heute kaum, das Wort „Heimat“ und „Nation“ in den Mund zu nehmen. Wir, die Menschen, die in diesem Land leben, wir haben uns nach 1945 auf einen Weg der politischen Demokratie gemacht. Jahrzehntlang haben wir dem Krieg abgeschworen und uns in einem sehr langen Weg zu mehr Toleranz durchgerungen. Dabei gehören zum Leben in Deutschland viele Menschen, die aus anderen Ländern kommen. Sie sind eine Bereicherung für unser Land, sie erweitern unseren kulturellen Horizont. Unsere Heimat, unsere Nation soll eine offene und vielfältige sein; nur daraus können wir neues Selbstbewusstsein gewinnen. Die Nazis waren und sind Verräter an unserer Heimat.

Die Kräfte, die den Faschismus niedergerungen haben, waren nicht stark genug, um eine Welt der Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu schaffen. Diejenigen, die damit am meisten ernst machen wollten, sahen sich von Feinden umringt, denn ihr Gesellschaftsmodell räumte mit vielen Privilegien auf. Sie befanden

sich in einem permanenten Belagerungszustand. Und sie reagierten darauf wie ein Militär: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Hinter dieser autoritären Grundhaltung steckte sehr viel Unsicherheit, aber das hätte man natürlich nie sagen dürfen. Und aus dem Westen tönte es zurück: Keine Freiheit den Feinden der Freiheit! Allein in der Bundesrepublik gab es seit 1956 über 150.000 Ermittlungsverfahren gegen Kommunisten, und viele führten zu Verurteilungen.

Aber der Westen war lernfähiger als der Osten. Er nahm seit 1968 die Repression ein Stück weit zurück, aber der Repressionsapparat wurde nicht etwa abgebaut. Es gab sie wieder, die Organisationen links von der SPD, aber irgendwie war immer unklar, ob das KPD-Verbot irgendwann wieder angewandt würde. Dies führte zu einem bemerkenswerten Streben nach pedantischer Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben – und das hatte zur Folge, dass die Begeisterung der potentiellen Anhänger sehr gedämpft war.

Doch die siebziger und achtziger Jahre brachten mit der Friedensbewegung einen neuen Aufbruch – nie mehr sollte ein Krieg von deutschem Boden ausgehen. Das war mehr als eine Parole, und es gab immerhin eine halbe Million Menschen, die im Bonner Hofgarten gegen die Stationierung von US-Raketen demonstrierten. Doch was passierte als die Raketen wirklich kamen? Im Grund gar nichts, denn der Osten war bereits zu schwach, um an irgendwelche Konsequenzen oder gar an Sanktionen zu denken.

1989 und 1990 kam der Zusammenbruch im Osten. Die Ellenbogengesellschaft hatte gesiegt, und sie war dumm genug, auch das kaputt zu machen, was in der DDR ganz gut funktioniert hatte. Man sah sich nur noch in der Pose des Siegers – das schafft dauerhafte Wunden bei den Verlierern und außerdem: Kann man nicht auch mal von anderen lernen, auch wenn man sie nicht besonders mag? Die Lernfähigkeit unseres Systems war (und ist) wenig entwickelt.

Es fällt schwer, in den 1990-er Jahren noch Tendenzen zu Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu entdecken. Der Neoliberalismus führte zur Spaltung der Gesellschaft bis hinein in die Beschäftigungsverhältnisse: Bis zu einem Drittel der Arbeitenden wurde abgedrängt in prekäre Arbeitsverhältnisse, die keine dauerhafte Existenz sichern können. Die Hartz-Reformen haben diesen Billig-Lohn-Sektor vertieft. Da man nicht einfach die Tariflöhne absenken konnte, hat man insbesondere die Gruppe der Leiharbeiter in den Vordergrund gerückt – im Durchschnitt mit 30 % weniger Lohn als die übrigen und in einem rechtlichen Rahmen, dass auch Stammbeschäftigte befürchten mussten, irgendwann durch Leiharbeiter ersetzt zu werden.

Doch auch die Losung „Nie wieder Krieg“ galt nicht mehr wirklich. Im Kosovo-Krieg wirkten wir mit – obwohl es kein UNO-Mandat gab. Später gab selbst der Bundeskanzler Schröder zu, völkerrechtlich sei da wohl einiges nicht in Ordnung gewesen – aber da hat man sich nicht besonders darüber entsetzt. Wir

sind schließlich die Guten, und da kann man sich so etwas schon mal erlauben. Kurze Zeit später weigerte sich die Bundesregierung, am Iraq-Krieg der USA mitzuwirken – eine der wenigen vernünftigen Entscheidungen im Leben des Politikers Schröder.

So besonders konsequent war man dabei allerdings auch nicht, denn logistische Hilfe wurde sehr wohl geleistet. Ein Offizier hatte sich geweigert und wurde daraufhin disziplinarisch belangt. Das Bundesverwaltungsgericht hat ihn freigesprochen. Denn der Iraq-Krieg sei völkerrechtswidrig gewesen. Solche Richter braucht das Land, die Abgeordneten hätten sich das in ihrer großen Mehrheit nie zu sagen getraut. Sie haben in der Folgezeit - wie es heißt - unsere Freiheit am Hindukusch verteidigt und die Besetzung Afghanistans gebilligt, bis dann der Große Bruder – ohne viel vorherige Konsultation - beschloss, seine Truppen von dort abzuziehen. Noch heute gibt es Afghanen, die ausreisen wollen, weil man Kollaborateure mit einer Besatzungsmacht nirgendwo besonders schätzt.

Nun haben wir im Osten die Situation, dass ein Oligarchenstaat über einen anderen hergefallen ist. Und da gibt es dann plötzlich einen guten Oligarchenstaat, den man in jeder Hinsicht unterstützt. Da spielt es dann auch keine Rolle, dass 2014 in der dortigen Regierung auch die Swoboda-Partei vertreten war, die ein Joseph-Goebbels-Zentrum betrieb; das war halt ein

bedauerliches Versehen, und sie haben es auch bald in Ernst-Jünger-Zentrum umbenannt.

Seid mal ehrlich: Ist das eine Umwelt - Kosovo, Afghanistan, Ukraine - in der der 8. Mai zu einem Feiertag erklärt werden könnte? Da müsste sich schon vieles ändern, vor allem: Keine Waffen mehr in die Ukraine. Kein bedingungsloser Gehorsam gegenüber der US-Regierung.

Die 68-er Bewegung hat häufig von „Spätkapitalismus ohne Perspektive“ geredet. Das war damals etwas verfrüht. Aber heute sehen die Dinge anders aus, wenn man mal über die europäischen Grenzen hinausschaut. Die USA und Europa haben bisher die Regeln auf der Welt bestimmt – die Minderheit hat über die Mehrheit geherrscht. Damit scheint es bald zu Ende zu sein. Die Volksrepublik China hat einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufstieg realisiert – aus meiner Sicht insbesondere deshalb, weil es dort in Wirklichkeit nicht nur eine Meinung gibt und weil man von andern gelernt hat, auch von ihren zahlreichen Fehlern. Die Volksrepublik China hat eine Situation geschaffen, wo der Einsatz von militärischer Gewalt den Angreifer mindestens genauso schädigen würde wie den Angegriffenen – ein Gedanke, der übrigens auch der europäischen Zusammenarbeit zugrunde liegt. Die enge wirtschaftliche Verflechtung macht die Panzer überflüssig. Was man unter großen Opfern mit Russland praktiziert, ist im Verhältnis zu China faktisch ausgeschlossen.

In den nächsten zehn bis zwanzig Jahren wird der Einfluss der USA zurückgehen. Das schafft Möglichkeiten für eine eigenständigere Entwicklung in den europäischen Ländern. Freiheit, Gleichheit und Solidarität werden wieder eine Chance haben.